

Eine wichtige familienpolitische Weichenstellung

Am 24. November steht eine sehr wichtige familienpolitische Weichenstellung an. Heute ist die Familienpolitik einseitig auf die familienexterne Kinderbetreuung ausgerichtet. Wer seine Kinder selbst betreut wird systematisch benachteiligt. Durch subventionierte Betreuungsplätze in Kindertagesstätten (Kita) und den Steuerabzug wird die familienexterne Kinderbetreuung gezielt gefördert.

Der Bundesrat gibt dies im Abstimmungsbüchlein auch zu: «Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es vorteilhaft, dass Frauen vermehrt berufstätig sind und so zum Wirtschaftswachstum beitragen.»

Schon ziemlich abenteuerlich ist die Argumentation des Bundesrates, wenn er behauptet dies sei gerecht: «Ein Steuersystem ist dann gerecht, wenn Steuerpflichtige nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Familien mit Kindern haben zusätzliche Kosten, wenn sie ihre Kinder gegen Bezahlung durch Dritte betreuen lassen. Diese zusätzlichen Kosten verringern das Einkommen und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Deshalb dürfen sie ganz oder teilweise bei den Steuern abgezogen werden.»

Der Bundesrat unterschlägt schlicht die Tatsache, dass die grossen finanziellen Nutzniesser der Kita Politik ohnehin die Eltern sind. Ich zitiere aus der BASS-Studie von 2007: «Stark profitieren von der Kinderbetreuung in Kitas können die Eltern. Das von ihnen zusätzlich realisierte Nettoeinkommen ist kurzfristig 3.5 bis 4.8 Mal höher als die Beiträge, die sie für die Betreuung zahlen. Langfristig liegt das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Eltern bei 1 zu 7 bis 1 zu 9.4.»

Und dann wird die Argumentation des Bundesrates schon fast zynisch: «Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, haben für die Kinderbetreuung hingegen keine Mehrausgaben. Es ist folglich richtig, dass sie keinen Betreuungsabzug beanspruchen können.»

Dem Bundesrat ist die familieninterne Kinderbetreuung durch die Mütter schlicht nichts Wert. Kein Wort davon, dass diese Frauen zum Wohle ihrer Kinder, ihrer

Familie und ihres sozialen Umfelds auf ein zusätzliches Einkommen verzichten und so einen sehr wertvollen und langfristig wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten.

Wie eingangs erwähnt, erfolgt am 24. November eine wichtige familienpolitische Weichenstellung. Mobilisieren sie deshalb auch ihre Freunde und Bekannte und legen sie am 24. November ein überzeugtes Ja für eine gerechtere Familienpolitik in die Urne!

Artikel von Beat Gubser im Rundbrief November 2013 der EDU Stadt Bern